

## Pressemitteilung 251/ 2010

02.06.2010

Marcel Braumann, Pressesprecher

### Verfassung

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Kommerzialisierung politischer Macht verhindern!

Fax: 0351 - 4960384

### **Bartl: Handlungsbedarf nach „Miet-den-Tillich“-Affäre auf Landesebene wurde durch Landtags-Anhörung bestätigt**

Zur öffentlichen Anhörung des Entwurfes eines [„Gesetzes zum Schutz der parlamentarischen Demokratie im Freistaat Sachsen vor Amtsmissbrauch durch Mitglieder der Staatsregierung“](#) durch den Landtags-Rechtsausschuss erklärt der **stellvertretende Vorsitzende und rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Klaus Bartl**:

Seit der „Miet-den-Tillich“-Affäre besteht auch in Sachsen akuter landespolitischer Handlungsbedarf der „Verhinderung der Kommerzialisierung von politischer Macht“, wie es der Sachverständige Sebastian Roßner vom Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung, Düsseldorf, in der heutigen Anhörung zutreffend genannt hat. Durch solche dubiosen Sponsoringpraktiken wird das gegenwärtige „große Legitimationsproblem des parlamentarischen Systems“ (Sachverständiger Elmar Wigand von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., Köln) weiter verschärft.

Die Fraktion sieht sich in der Zielrichtung ihres Gesetzentwurfes durch vier der fünf Sachverständigen bestätigt. Der fünfte – Prof. Christofer Lenz, der Herrn Tillich und der CDU schon längst medienöffentlich einen Persilschein erteilt hatte – konnte zum Thema trotz Nachfragen nichts Substantielles beitragen. Denn er reduziert die Problematik auf die Geldbeschaffung einer Partei durch ihren Vorsitzenden, der „nebenbei Ministerpräsident“ sei. Das Amt des Ministerpräsidenten ist aber wie jedes Ministeramt der Hauptjob des Betroffenen im Dienste des Allgemeinwohls (bzw. sollte es sein) und ist daher nicht zufällig rechtlich ähnlich verfasst wie der Status eines Beamten, worauf der Sachverständige Lothar Hermes, Leiter der Regionalgruppe Sachsen von Transparency International e.V., hinwies.

Wie es sich für eine ordentliche parlamentarische Anhörung gehört, geht es nicht nur um die Bestätigung bzw. Widerlegung vorgefasster Standpunkte, sondern gutachterliche Vorschläge der handwerklichen Qualifizierung. In diesem Sinne werden wir Anregungen zur Nachjustierung im Detail bedenken und gegebenenfalls vor der endgültigen Beratung des Gesetzentwurfes im Landtag durch einzelne Änderungen berücksichtigen. Klar ist: Es kann nicht sein, dass Parteien einerseits schon nach geltender Rechtslage keine Spenden annehmen dürfen, die in Erwartung eines eigenen Vorteils gegeben werden, aber andererseits einen Ministerpräsidenten als werbewirksamen Gesprächspartner und Fotomotiv vor Firmenschild „verkaufen“ dürfen.